

Protokoll der 46. Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt der Stadtverordnetenversammlung Lübben (Spreewald)/Lubin (Błota)

am: 16.01.2019 Ort: Sitzungssaal 325 des Rathauses
 5 Beginn: 17:02 Uhr Ende: 18:11 Uhr

anwesende Ausschussmitglieder:

Paul Bruse
 Andreas Rieger
 10 Dietmar Mogschan
 Burkhardt Herzke (V. für Frau Minetzke)

anwesende sachkundige Einwohner:

Dr. Jörg Schwebel
 Lutz Lehmann (teilw.)
 Ulrich Krumpe
 Christian Jungnickel

entschuldigte Ausschussmitglieder:

15 Reinhard Krüger (unentschuldigt)
 Sabine Minetzke

entschuldigte sachkundige Einwohner:

Lydia Scheinemann

anwesende Verwaltungsangestellte:

Frank Neumann Petra Gutsche Hubertus Schulz Karin Jacobsen
 20 Marita Merting Dörthe Ziemer Janine Jakwert

Gäste/ Bürger / Anwesende Interessierte:

Herr Bosselmann - Ingenieurbüro GfP (TOP 5)
 Herr Hänsch - Leiter Marktkauf
 Herr Zoschenz - Gewerbetreibenden-Verein
 25 Frau Schirling - Lausitzer Rundschau

- öffentlicher Teil -

TOP 1 – Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Herr Bruse begrüßt die Anwesenden. Zur Sitzung wurde ordnungsgemäß eingeladen. Es sind 4 stimmberechtigte Ausschussmitglieder und 3 sachkundige Einwohner anwesend.

35 Dem Antrag auf Erteilung des Rederechts für Herrn Bosselmann wird einstimmig entsprochen.

TOP 2 – Bestätigung der Tagesordnung

40 Es gibt keine Änderungswünsche, die Tagesordnung wird somit bestätigt.

TOP 3 – Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift der Ausschusssitzung vom 14.11.2018

45 Es gibt keine Änderungen. Das Protokoll wird einstimmig bestätigt.

TOP 4 – Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Hinweise oder Anfragen.

TOP 5 – Bebauungsplan Nr. 26 „Einzelhandelsstandort Postbautenstraße“ der Stadt Lübben (Spreewald), hier: Entwurfs- und Offenlegungsbeschluss; Vorlage 2019/002; Gast: Büro GfP

55 Frau Jacobsen erläutert, dass es für den Standort aufgrund des bestehenden Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes erforderlich war, den Verbrauchermarkt über einen Bebauungsplan langfristig zu sichern, am 27.04.2017 wurde der Aufstellungsbeschluss gefasst. Im Folgenden wird sich Herr Bosselmann, Mitarbeiter des Büros GfP, zu den Unterschieden zwischen der jetzigen Entwurfsfassung und den ersten Festlegungen äußern.

60 Herr Bosselmann führt aus, dass in den ersten Entwürfen von 5.900 m² Verkaufsfläche gesprochen wurde. Die Verkaufsfläche wurde im jetzt vorliegenden Entwurf auf 5.800 m² reduziert. Weiterhin stellt er dar, dass in den ersten Planungen die komplette Fläche (5.900 m²) ausschließlich für den Verbrauchermarkt vorgesehen war. Inzwischen wurde die reduzierte Fläche (5.800 m²) um weitere 800 m² verkleinert. Diese abgetrennten Flächen sind nun für andere Gewerbe vorgesehen.

65 Eine der wichtigsten Festlegungen für diesen Bebauungsplan betrifft die in den textlichen Festsetzungen verankerten Quadratmeter-Obergrenzen für einzelne Sortimente des Verbrauchermarktes. Ebenfalls wurden Schallschutzfestsetzungen in den textlichen Festsetzungen aufgenommen.

70 Frau Jacobsen ergänzt, dass die 50 m² die durchschnittliche Verkaufsflächengröße der Gewerbetreibenden in der Innenstadt darstellt und somit als Grenze für die zentrenrelevanten Sortimente herangezogen wurde.

Herr Bruse lässt über die Weiterleitung der Beschlussvorlage abstimmen.

dafür: 4

dagegen: 0

enthalten: 0

75

TOP 6 – Haushaltssatzung der Stadt Lübben (Spreewald) für das Jahr 2019; Vorlage 2018/114

Frau Merting zeigt an, dass eine erneute Druckfassung des Haushaltes (Stand 10.01.2019) verteilt wurde. Darin wurden alle Veränderungen aus den letzten Beratungen berücksichtigt.

80 Als Änderungen wurden unter anderem die reduzierte Anzahl der vorgeschlagenen Personalstellen aufgenommen und die Reduzierung der Kreisumlage. Auch die investive Maßnahme zu den Ladesäulen inklusive der dafür vorgesehenen Fördergelder ist in der neuesten Fassung des Haushaltes enthalten.

85 Zur Frage von Herrn Jungnickel, wie sich der Finanzausschuss zur vorliegenden Fassung des Haushalts positioniert hat, erklärt Herr Herzke, dass die Vorlage einstimmig befürwortet wurde.

Herr Bruse ist aufgefallen, dass die Maßnahme zur Umverlegung des A-Grabens inzwischen mit 800 T€ im Haushalt hinterlegt ist.

90

Frau Merting zeigt an, dass dieses Vorhaben zu 100 % vom Land Brandenburg gefördert werden soll. Eine Realisierung ist nur mit Fördermitteln möglich. Sofern keine Fördermittel bewilligt werden, müsste die Realisierung der Maßnahme mit einer Beschlussfassung im Haushalt verankert werden.

95 Herr Bruse spricht die Anschaffung eines Leiterfahrzeugs/ Fahrzeug mit Hebebühne für die Feuerwehr in 2019 an. Seinem Kenntnisstand nach wurde der vorhandene Bronto Skylift erst im vergangenen Jahr für 100 T€ generalüberholt. Daher versteht er nicht, warum dieser nun - mit Fördermitteln - ersetzt werden soll. Das Geld könnte für die Anschaffung anderer wasserführender Fahrzeuge für die Ortswehren sicherlich sinnvoller eingesetzt werden.

100

Frau Merting erklärt, dass man sich bei der Anschaffung und Ersatzbeschaffung der Feuerwehrfahrzeuge auf einen Beschaffungs-Plan bezieht.

Herr Bruse lässt über die Weiterleitung der Beschlussvorlage abstimmen.

105

dafür: 4

dagegen: 0

enthalten: 0

TOP7 – Errichtung Spielplatz Steinkirchen, Einbringer: Fraktion Pro Lübben; Vorlage 2019/003

110 Herr Herzke korrigiert die Beschlussvorlage seiner Fraktion dahingehend, dass der Standort an der Dorfaue nicht der zwingend erforderliche Standort für den Spielplatz ist. Nach Auffassung der Steinkirchener Bürger sollten alle potentiell geeigneten Flächen für die Schaffung eines Spielplatzes geprüft werden.

115 Herr Rieger spricht den Passus zur „nicht zeitgemäßen Nutzung des Spielplatzes Holzhof“ in der Begründung der Beschlussvorlage an. Er hinterfragt die künftige Verwendung des vorhandenen Spielplatzes am Holzhof.

120 Herr Herzke erwidert, dass die Formulierung missverständlich ist. Gemeint ist damit, dass der Spielplatz am Holzhof sehr weit weg vom Steinkirchener Ortszentrum ist und daher von manchen nicht genutzt wird. Außerdem wird der Spielplatz auch von anderen Lübbenern genutzt und ist daher gut besucht. Die Steinkirchener wünschen sich einen weiteren zentraler gelegenen Kinderspielplatz für Steinkirchen.

125 Herr Bruse erinnert sich daran, dass früher an der alten Schule ein Spielplatz vorhanden war.

Das bestätigt Herr Krumpe. Mit dem Neubau der Schule wurde der Platz entfernt. Für den Neubau eines Spielplatzes waren diverse Standorte im Gespräch, die aufgrund verschiedener Aspekte nicht

130 infrage gekommen sind. Er hält eine erneute Prüfung von Standorten (private oder kommunale Flächen) für gut, da der Bedarf vorhanden ist.

Herr Bruse lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

dafür: 4 dagegen: 0 enthalten: 0

135

TOP 8 – Antwortschreiben zur Petition Barthel (Vorlage: 2018/094)

140 Herr Neumann erinnert daran, dass die Ausschussmitglieder im November mit Herrn Barthel vor Ort waren. Die Verwaltung zeigte anhand von Plänen, wo der Schutzstreifen beginnt und endet. Nach dem Termin wurde Herr Barthels gebeten sich nach einer Bedenkzeit wieder bei der Stadt zu melden. Dies hat er nicht getan. Auch eine erneute Kontaktaufnahme brachte keine geänderten Standpunkte. Daher möchte die Verwaltung die Petition mit dem vorliegenden Antwortschreiben zum Abschluss bringen.

145 Frau Jacobsen hatte heute mit Herrn Barthel gesprochen. Von seiner Seite gibt es keine weiteren Fragen. Außerdem wollte er wissen, ob es inhaltliche Änderungen in dem vorliegenden Antwortschreiben gibt. Dies ist nicht der Fall. Herrn Barthel ist deutlich geworden, dass die Errichtung des Schutzstreifens aufgrund des Landeswaldgesetzes erforderlich war. Sicherlich wünschen sich die Anwohner die Bäume, jedoch ist dieser Streifen eine Konsequenz aus der erforderlichen Schaffung der Bauflächen.

150

Auf die Frage von Herrn Rieger, warum die Antwort nicht im Internet zu finden war, antwortet Frau Jakwert, dass dieses Antwortschreiben ein Entwurf darstellt, der durch die Stadtverordneten noch geändert werden kann. Um Verwirrungen zu vermeiden, wurde der Entwurf noch nicht online gestellt.

155

Herr Rieger sieht das Schreiben als gelungen an. Er bedauert lediglich, dass inhaltlich keine perspektivischen Aussagen zur Entwicklung des Grasstreifens getroffen wurden.

160 Frau Jacobsen informiert, dass die Stadt sich mit einem Selbstbindungsbeschluss verpflichtet hat, an der Stelle Trockenrasen (offener Boden mit vereinzeltm Grasbewuchs) zu pflegen. Die Pflege ist für mehrere Jahre festgesetzt. Sie kann den genauen Zeitraum aktuell nicht sicher benennen, glaubt jedoch, dass es 10 Jahre waren. Danach ist das Areal der Sukzession der natürlichen Entwicklung überlassen. Die einzige Maßgabe, die die Stadt auch nach dem Fristablauf an der Stelle zu erfüllen hat, ist das Freihalten des Streifens hinter den Grundstücken von Baumbewuchs, der als Brandschutzstreifen fungiert. Explizite Maßnahmen dazu werden in einem Pflegeplan festgehalten, der in

165

Herr Bruse lässt über den Entwurf für die Antwort zur Petition abstimmen.

170

dafür: 4 dagegen: 0 enthalten: 0

TOP 9 – Anfragen/Hinweise öffentlicher Art

175 Herr Dr. Schwebel fragt zum geplanten Gehweg an der Berliner Chaussee, ob und wie dieser mit der Kleinen Anfrage einer Frau Iris Schlünzke aus Schlieben zusammenhängt.

Laut Herrn Neumann betrifft diese Frage nicht die Stadt Lübben. Frau Schlünzke ist eine Landtagsabgeordnete und hat diese Kleine Anfrage gestellt. Der Landesbetrieb Straßenwesen wird vermutlich eine Zuarbeit zur Antwort leisten. Herr Kolan kennt diese Anfrage.

180

Der Landesbetrieb Straßenwesen wird seine Planung zur B 115 in der Februarsitzung des Bauausschusses vorstellen. Die Stadt wird in diesem Zusammenhang auch nach einem Zeitplan fragen. Herr Neumann geht jedoch davon aus, dass der Bau der B 115 erst nach Abschluss der Maßnahme B 87 erfolgen wird.

185

Über die mögliche Sanierung des Geh- und Radweges wird man sich ebenfalls verständigen. Er erinnert an die Petition von Herrn Thomas Budich zum Gehwegbau an der Landesstraße L 49 in Steinkirchen. Dazu wurde ebenfalls eine Stellungnahme vom Landesbetrieb zur Planung erbeten.

190 Herr Rieger spricht in dem Zusammenhang noch einmal das Planfeststellungsverfahren B 87 an der Kupka an. Er fragt, wie dort der Stand bezüglich des Gehweges von der Bogenbrücke zum Dreilindenweg ist.

Herr Neumann erklärt, dass der Radweg weiterhin eine dringende Forderung der Stadt an den Landesbetrieb Straßenwesen ist. Dies wurde auch im Rahmen des Anhörungsverfahrens zur Planfeststel-

195 lung sowohl schriftlich als auch mündliche deutlich gemacht. Nach aktuellem Stand wird diese Entscheidung dem Planfeststellungsbeschluss überlassen. Eine endgültige Einigung gibt es noch nicht.

Herr Herzke fragt zur Lehnigsberger Brücke, wann die Baken abgebaut werden. Weiterhin zeigt er an, dass die eingebaute Schiene nicht zur ursprünglichen Kleinbahn gehört. Ebenfalls informiert er darüber, dass die Brücken der ehemaligen Kleinbahntrasse nicht auf der Denkmalliste des Landkreises zu finden sind.

200 Er kritisiert die Ausführung des Baus mit Betonplatten und die seiner Meinung nach gefährliche Höhe von 7 m von der Wasseroberfläche bis zum Boden.

205 Frau Gutsche teilt mit, dass die Baken bereits entfernt, das Geländer aufgebaut und die Lichtgitterroste angebracht wurden.

Herr Neumann informiert darüber, dass die vorhandene Einengung der Fahrbahn bestehen bleibt. Aus der Dezembersitzung des Ausschusses wurde der Auftrag erteilt, für die zweite Brücke eine andere Lösung zu finden. Ursprünglich sollte die Brücke über den Schutzgraben identisch saniert werden. Abschließende Gespräche dazu gab es bisher noch nicht. Eine Vorstellung der Varianten im Bauausschuss wird nach der denkmalpflegerischen Abstimmung durchgeführt.

210 Herr Rieger zeigt an, dass er in Zusammenarbeit mit einem Ingenieur zu einer passenden und schnell realisierbaren Lösung für dieses Problem gekommen ist.

215 Herr Bruse bittet um Weitergabe dieser Information an die Verwaltung.

Herr Neumann teilt mit, dass gestern die Fördermittel für die beiden Brücken vom Landkreis übergeben wurden. Insgesamt werden die beiden Brücken mit 841 T€ gefördert. Die Wahl des Baumaterials Beton erfolgte zugunsten der Langlebigkeit und auch aufgrund der bereits vorhandenen Unterkonstruktion der Brücke, die sehr stabil und tragfähig ist.

Herr Herzke erinnert an die schlechte Zugänglichkeit des Bauareals.

225 Laut Herrn Neumann soll für die einmalige Anlieferung der Betonteile der Hochwasserschutzdeich genutzt werden. Dieser wird im Anschluss an die Maßnahme wieder begradigt und hergerichtet.

Herr Dr. Schwebel unterstützt die Kritik Herrn Herzkes am Beton. Er findet Holzbrücken auch ansprechender. Der Aussage von Herrn Dr. Schwebel, dass die Sanierung mit Beton ungefähr dreimal so teuer wäre, widerspricht Herr Neumann. Ein Kostenvergleich (Wirtschaftlichkeitsuntersuchung) im Rahmen der Planung der Maßnahme zeigte, dass Beton nur unwesentlich teurer als Holz gewesen wäre. Weiterhin erhoffte sich die Stadt durch das langlebigere Material einen geringeren Pflege- und Sanierungsaufwand in den kommenden Jahren.

235 Herr Lehmann geht um 17:44 Uhr.

Frau Jacobsen informiert darüber, dass es im Februar eine Infovorlage zum Prüfauftrag der Überarbeitung des Bebauungsplanes 4-1 geben wird. In dem Zusammenhang werden Aussagen zu den Kosten und dem zeitlichen Rahmen gemacht.

240 Herr Bruse stellt die Nichtöffentlichkeit um 17:45 Uhr her.

Herr Rieger geht 17:45 Uhr.